

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-Altstadt
Vertriebsstelle und Expedition: Altmarktstraße 2
Telefonnummer 17259 • Postfachnummer: 201
Dresden Nummer 18656, Emil Schlegel

Organ der KPD.
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostachsen)

Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2
Verleger: Emil Dresden Nummer 17259 • (Eigentümer)
"Arbeiterstimme" Dresden • Sprechstunden der Schriftleitung:
Montags nachmittags von 8-5 Uhr (außer Sonnabende);

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschaftler • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen

2. Jahrg.
Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM.
(Postzusatz 1 RM.) Durch die Post bezogen monatlich 2 RM.
(siehe Belegungsblätter) • In jedem Heft befindet sich ein
Zusatz auf Rechnung der Zeitung über die Abrechnung des
Bezugspreises • Briefe werden nicht an Einsendungen

Dresden
Montag, 11. Januar 1926

Anzeigenpreis:
Die normal gebildete Preisliste oder deren Kopie 0,30 RM.,
die Familienanzeigen 0,20 RM., für die Familienanzeigen einschließlich
an dem bestmöglichen Preisverhältnis 1,25 RM. • Einzel-
Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition

Nr. 8

Die Regierung heldt für die Volksplünderung

Bezirksvorstand der KPD. Ostachsens für entschädigungslose Enteignung - Die Liga für Menschenrechte für Volksbegehren

Immer breitere Kreise verlangen die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Mit steigender Empörung stellen große Massen die freien Forderungen der Fürsten. Selbst große Teile des Kleinbürgertums, das durch die Verbrecherpolitik der Schwerindustrie enteignet wurde, stehen sich gegen die Absicht, aus dem neisehenden deutschen Vermögen 8 Milliarden zur Abfindung an die Fürsten herauszupressen. Neben den offen monarchistischen Parteien sind bisher die Sozialdemokraten noch die entschiedensten Anhänger der Abfindung. Diese „Vollanreiter“ sind bereit, den Fürsten die Gelder nachzutragen. Zwar durch die wachsende Massenbewegung auch innerhalb der SPD, hat der Vorstand der SPD beschlossen, zunächst abzuwarten, was bei der Beratung der im Reichstag gestellten Entwürfe herauskommen werde, um dann, wenn das Ergebnis ungenügend sei, den Parteiausschuss einzuberufen und die Frage des Volksentscheides stellen zu lassen. Inzwischen geht die offizielle Stimmungsmache gegen den Volksentscheid fort. Sie bewegt sich auch weiterhin auf der Seite der ungeheuren Aufbauschung der Kosten und technischen Schwierigkeiten des Volksentscheides. Klar ist, daß der Parteivorstand in der jetzigen Situation sich nicht die Verhandlungen über die Regierungsbildung durch eine positive Stellungnahme für den Volksentscheid erschweren will. Dazu kommt noch ein anderer Grund, den das „Vollanreiter-Kollektiv“, Zwickau (8. Jan.) kennzeichnet, in den Worten: „Aber es scheint, daß man ein gewisses Unbehagen spürt, auch nur in einem Spezialfall in einer parlamentarischen Einheitsfront zu kämpfen.“

Der Vorstand der SPD will die Große Koalition und damit, daß das Zusammengehen in der Abfindungsfrage mit der Kommunisten der gekonnten proletarischen Bewegung einen neuen radikalen Schwung geben könnte. Deshalb wird entschiedene Gegenwehr mit allen Mitteln der Verwirklichung.

Die sächsische Koalitionsregierung, diese seit zwei Jahren beherrschte Stütze der monarchistischen Industriellen, nicht ihre Stellung, um die Reichsregierung der Fürstenabfindung zu verhindern.

Für das Reichsministerium des Innern teilte Dr. ... die Verantwortung der sächsischen Regierung mit, die ... Die sächsische Regierung wird sich jeder Wiederholungs der Fürstenabfindung durch das Reich widersetzen. Jetzt ist es also die sächsische Regierung, die die reichsrechtliche Regelung der Fürstenfrage scheitert!

Die Regierung heldt mit August dem Letzten die schon ... Die sächsische Regierung wird sich jeder Wiederholungs der Fürstenabfindung durch das Reich widersetzen. Jetzt ist es also die sächsische Regierung, die die reichsrechtliche Regelung der Fürstenfrage scheitert!

Die gesamte sächsische Arbeiterschaft, die enteigneten ... Die sächsische Regierung wird sich jeder Wiederholungs der Fürstenabfindung durch das Reich widersetzen. Jetzt ist es also die sächsische Regierung, die die reichsrechtliche Regelung der Fürstenfrage scheitert!

Die sächsische Regierung wird sich jeder Wiederholungs der Fürstenabfindung durch das Reich widersetzen. Jetzt ist es also die sächsische Regierung, die die reichsrechtliche Regelung der Fürstenfrage scheitert!

Der Bezirksvorstand der KPD. für Volksentscheid
Die „Dresdener Volkszeitung“ vom 9. d. M. teilt mit:
Der Bezirksvorstand der KPD. Ostachsens beschloß gestern auf Antrag der Neubildung der Reichsregierung:
Die Große Koalition ist abzulehnen. Das Drängen der Demokratischen und der Zentrumspartei kann diese Forderung

Kammer noch Streben nach der Großen Koalition

Berlin, 10. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)
Obwohl heute in Berlin eine Sitzung des Reichsparteitag der Zentrumspartei, der Reichstagsfraktion und der Reichstagsfraktion statt. Die Sitzung beschäftigte sich mit der Regierungsbildung. Das Referat hielt Dr. Marx. Dieser sprach für die Große Koalition. In der Aussprache wurde betont, daß, falls dieser letzte Versuch, mit den Sozialdemokraten eine Große Koalition zu bilden, scheitern sollte, eine Regierung der Mitte mit wohlwollender Neutralität der Sozialdemokraten hergestellt werden sollte. Für diese Auffassung sprach vor allem Dr. ... Eine Resolution der Reichstagsfraktion, die sich für die Große Koalition aussprach, wurde angenommen.

Der „Montag Morgen“ berichtet dazu, daß ein Teil der ... Die sächsische Regierung wird sich jeder Wiederholungs der Fürstenabfindung durch das Reich widersetzen. Jetzt ist es also die sächsische Regierung, die die reichsrechtliche Regelung der Fürstenfrage scheitert!

Auch aus der Resolution des Zentrums, die besagt, daß ... Die sächsische Regierung wird sich jeder Wiederholungs der Fürstenabfindung durch das Reich widersetzen. Jetzt ist es also die sächsische Regierung, die die reichsrechtliche Regelung der Fürstenfrage scheitert!

der SPD. nur bestärken. Neue Verhandlungen mit bürgerlichen Parteien wegen der Regierungsbildung sind ebenfalls abzulehnen. Gleichzeitig fordert der Bezirksvorstand, daß die Partei den Volksentscheid über die Fürstenabfindung umgehend durchführt.

Dieser Beschluß des Bezirksvorstandes der KPD. Ostachsens ist ein neuer Erfolg der Politik der Kommunisten. Hatte schon



unzweifelnde Kampagne für die Annahme die SPD. gezwungen, einen Antrag auf Erweiterung der Koalitionsbedingungen, so erfolgt der Beschluß für den Volksentscheid auf Grund der Agitation und der Einstellung des Volksbegehrens durch die KPD. In den sozialdemokratischen Arbeitern liegt es, die Bewegung auf eine breitere Plattform zu stellen und durch eine intensive Tätigkeit gemeinsam mit den Kommunisten die Abfindung der Fürsten zu verhindern.

Die „Liga für Menschenrechte“ schließt sich an

Berlin, 11. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die bürgerlich-papenistische Organisation „Liga für Menschenrechte“ hielt gestern in Berlin eine Tagung ab, auf der Dr. Kuczynski einen Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten begründete. Der bekannte Demokrat Hermann v. Gerlach wendete sich gegen den Antrag und sprach sich für die Abfindung aus. Der Antrag wurde mit gewaltiger Mehrheit angenommen. Am Dienstag wird die Liga den Antrag des Ausschusses für das Volksbegehren unterzeichnen.

Auf Grund der Diskussion wurden H. v. Gerlach und der Sozialdemokrat Strödel nicht wieder in den Vorstand gewählt. An ihre Stelle treten der Herausgeber des Buches „Kunst Jahre 1900“, Gumpel, und der General a. D. Schönefeld.

Sozialdemokrat Ebe für Abfindung

In Frankfurt fand eine Besprechung der Republikaner statt. Sozialdemokrat Ebe verlangte dort, daß man den Fürsten, die kein Vermögen haben, eine lebenslängliche Rente gebe. Kommentar überflüssig!

daß die SPD. in die Große Koalition eintritt. Aber auch wenn die SPD. nicht eintritt, bedeutet das keinen Kampf gegen das Bürgerium, sondern nur ein Abwarten.

Die breiten Massen der Arbeiter müssen aus dem Verlauf dieser Regierungskrise lernen, daß sie bei Beginn einer Krise sofort durch Kundgebung auf die Regierungsbildung einwirken müssen.

Die SPD. in Fessen für die Große Koalition

Philipp Scheidemann kämpft mit aller Macht für die Große Koalition. Seitdem er in Kassel eine Bezirkskonferenz von Vertrauensmännern der SPD. hielt. Scheidemann sprach für den Eintritt in die Koalition. Gegen 1 Stimme wurde eine Resolution angenommen, die sich für den Eintritt in die Koalition aussprach.

Der Retter des Bürgertums

Das „Berliner Tageblatt“ und die „Germania“ nehmen in einem Leitartikel Stellung zur Regierungsfrage und fassen beide die sozialdemokratischen Führer in die Koalition hinein zu kommen. Beide Organe stellen mit Freude fest, daß ein Teil „vornämlicher“ Führer, wie Noske, Scheidemann und Dautz, bereit ist, trotz der Opposition ihrer Parteigenossen die Regierung

Volksbegehren

Beim Ausschuh zur Durchführung des Volksentscheides, Berlin 28. 48. Wilhelmstr. 48, sind bereits über 3000 schriftliche Zustimmungserklärungen aus dem ganzen Reiche eingelaufen. Charakteristisch ist, daß sie in der Hauptsache aus bürgerlichen Kreisen bis weit in die Reichsweite kommen und sämtlich die entschädigungslose Enteignung der Fürsten fordern. Auch aus Kreisen der technischen Angestellten und der Beamten liegen zahlreiche Sammelzustimmungserklärungen mit vielen Unterschriften vor. Ebenso aus Altersheimen, von Witwen und aus den Kreisen des durch die Inflation verarmten Mittelstandes. In fast allen Zuschriften wird betont, daß von den Parlamenten keine dem Willen des Volkes entsprechende durchgreifende Enteignung zu erhoffen und deshalb die Durchführung des Volksentscheides unerlässlich ist.

Uns wird zum Volksbegehren geschrieben:

Das Verlangen, den schamlosen Ansprüchen der Fürstlichen durch den Volksentscheid einen Riegel vorzuschieben, erfolgt von Tag zu Tag breitere Kreise. Diese Bewegung darf nicht wieder verstanden, sie muß zu einem positiven Abschluß gebracht werden, und der erste Schritt ist das Volksbegehren, für dessen Durchführung sich nunmehr eine größere Anzahl politischer, kultureller und wirtschaftlicher Organisationen entschlossen haben. Die Publizierung der Richtlinien, die dem einzubringenden Gesetzentwurf zugrunde gelegt werden sollen, hat unter den breiten Massen ein lebhaftes Echo wahrgenommen. Der von den Organisationen eingeleitete Ausschuh hat bereits eine große Anzahl von Zustimmungserklärungen erhalten, wobei zu bemerken ist, daß diese in erster Linie aus bürgerlichen Schichten kamen. Aber auch aus sozialdemokratischen Kreisen laufen fortgesetzt zustimmende Erklärungen ein, und von allen Seiten wird betont, daß die entschädigungslose Enteignung, wie sie von Anfang an von den Kommunisten gefordert wurde, die einzig mögliche Form sei, die für den Gesetzentwurf in Frage kommen könne.

Obwohl die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei und auch das Reichsbanner zu der Sitzung des Ausschusses, in der die Richtlinien für den Gesetzentwurf ausgearbeitet wurden, eingeladen waren, hat es keine der Spitzenorganisationen für nötig befunden, an der Sitzung teilzunehmen. Dessen ungeachtet hat der Ausschuh beschlossen, die in Betracht kommenden Organisationen erneut zu seiner Sitzung zu laden; er steht auf dem Standpunkt, daß es sich hier durchaus nicht um eine reine Parteifache, sondern um eine Angelegenheit der breiten Massen des Volkes handle. Je mehr Organisationen sich dem Volksbegehren anschließen, um so besser. Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Reichsbanner haben also noch Zeit, sich dem Volksbegehren anzuschließen. Tun sie das nicht, dann werden die in dem Ausschuh vereinigten Organisationen das Volksbegehren aus eigenen Kräften betreiben; sie sind sich dessen sicher, daß dieser Schritt nicht nur den Wünschen ihrer eigenen Anhänger, sondern auch den Wünschen der sozialdemokratischen Arbeiter und der Gewerkschafter entspricht. Diese werden sich, auch wenn ihre Organisationen das Volksbegehren labortieren sollten, über die Köpfe der Führer hinweg mit Feuereifer an der Bewegung beteiligen. Die sich häufenden Proteste aus allen Teilen des Reiches beweisen zur Genüge, in welchem Lager bei der Frage der Fürstenabfindung die breiten Massen stehen. Der Volksentscheid entspricht tatsächlich einem Begehren des Volkes.

Wenn nun die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften und das Reichsbanner etwa erklären sollten, für eine entschädigungslose Enteignung ließe sich keine Mehrheit zustande bringen, so muß dieser Einwand von vornherein damit entkräftet werden, daß ohne eine zugkräftige Parole die Massen nicht in Bewegung gebracht werden können. Warum sollen auch die Fürsten anders behandelt werden als die erwerbslosen Arbeiter und die enteigneten Mittelschichten, denen durch die Inflation der letzte Groschen weggenommen wurde? Enteignung mit Entschädigung hieße für die Fürsten eine Ausnahme schaffen. Enteignung ohne Entschädigung heißt: gleiches Recht für alle! Diese Form der Fürstenabfindung ist auch verfassungsmäßig die allein richtige. Die Enteignung soll ja zum Wohle der Allgemeinheit erfolgen, und in erster Linie den Beamten, den Kriegesbeschädigten und Sozialrentnern zugute kommen, jenen also, die nicht zuletzt dank der Schuld der ehemaligen Fürsten in ihre traurige Lage gekommen sind.

Obendrein: ist denn für die Fürsten nicht schon genügend gefordert? Die meisten von ihnen beziehen, was bis jetzt noch nicht bekannt war, als ehemalige Offiziere des kaiserlichen Heeres eine Pension, die zur Bestreitung eines glänzenden Unterhaltes restlos ausreicht. Der Herzog von Württemberg und Rupprecht von Bayern erhalten als ehemalige Armeeführer monatlich mindestens 2000 Mark Pension, auch die Hohenzollernprinzen gelten als pensionierte Offiziere, und der ehemalige Kronprinz von Preußen, der gegenwärtig in Oels an einer Bekleidung von 45 000 Mark „Kronp.“ lebt, neben den Erbschaften aus seinem Gute

Various small advertisements on the left margin including 'Ball', 'Abend', 'Orchester', 'Leuben', 'Birn', 'Kapelle', 'schorf', 'OLD', 'inkauf', 'ts'.